

AMT CARBÄK
-Der Amtsvorsteher-
Moorweg 5
18184 Broderstorf

Protokoll der Bürgeranhörung
zur Fusion der Gemeinden Broderstorf und Steinfeld

Wann: Donnerstag, 24.05.2012 – 19:00 bis 20:45 Uhr

Wo: Saal der ehem. Gaststätte Deutsches Haus in Steinfeld

Wer: Herr Müller (Bürgermeister der Gemeinde Steinfeld)
Herr Zentsch (1. stellv. Bürgermeister der Gemeinde Steinfeld)
Herr Noak (2. stellv. Bürgermeister der Gemeinde Steinfeld))
Herr Lange (Bürgermeister der Gemeinde Broderstorf)
Frau Narajek (Leitende Verwaltungsbeamtin des Amtes Carbäk)
Herr Fahning (Leiter Haupt- und Bürgeramt des Amtes Carbäk)
ca. 50 Bürgerinnen und Bürger
je eine Redakteurin von NNN und OZ

- 1) **Herr Müller** begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger und stellt die o.g. Gäste vor.
- 2) **Herr Müller** erläutert die Hintergründe zur geplanten Fusion der beiden Gemeinden und den bisherigen Ablauf (siehe Anlage 1)
- 3) **Herr Müller** gibt den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, zum Vertragsentwurf Stellung zu nehmen

Herr Eckart:

Über welche Fassung des Vertrags wird heute geredet – die im Amtsblatt am 20.05. veröffentlichte oder die in der GV Steinfeld am 12.04. beschlossene?

Herr Müller:

Die in der GVS am 12.04. beschlossene!

Herr Eckart verweist auf die in der GVS beschlossenen Änderungen, die im veröffentlichten Entwurf nicht enthalten sind.

Herr Fahning weist darauf hin, dass die GV Broderstorf den Entwurf in der ursprünglichen Fassung bestätigt hat, die GVS jedoch einen geänderten Entwurf beschlossen hat. Insofern existieren zwei verschiedene Fassungen, die durch erneute GV-Beschlüsse harmonisiert werden müssen.

Herr Eckart:

(siehe auch Anlage 2: Vorschläge für die Ausgestaltung und Entwicklung des vorliegenden Entwurfes eines Gebietsänderungsvertrages gem. Beschluss nach § 12 KV M-V vom 12.04.2012 durch die GV der Gemeinde Steinfeld seitens der WG Frischer Wind)

- Vertragsentwurf von 2008 vorteilhafter für Steinfeld
- § 1: Zusammenschluss statt Beitritt (bei Zusammenschluss Harmonisierung der beiden Ortsrechte, bei Beitritt komplette Übernahme), besondere Problematik hinsichtlich Höhe der Anliegeranteile in der Straßenbaubeitragssatzung Broderstorf
- § 7: Interessenvertretung in Form eines Ortsbeirates (kann in der Übergangszeit die GV begleiten und unterstützen)
- § 12: Investitionen und geplante Vorhaben in der Gemeinde Steinfeld sollten konkret benannt werden

- Beitritt ist ungünstiger als Zusammenschluss, daher Ablehnung durch die WG Frischer Wind – auch aufgrund fehlender Beteiligungsmöglichkeit in den Verhandlungen

Frau Eckart:

- Warum keine Beteiligung der WG Frischer Wind im Vorfeld?

Herr Müller:

- Bürgermeister führt die Beschlüsse der GV aus

Frau Gerlach

- fehlende vorzeitige Beteiligung der Bürger

Herr Noak:

- alle Bürger haben im Rahmen der öffentlichen GV-Sitzungen die Möglichkeit, sich über die Belange der Gemeinde zu informieren

Herr Müller verweist in diesem Zusammenhang auf verschiedene Presseartikel, die die geplante Fusion zwischen Broderstorf und Steinfeld thematisieren. Die erforderliche Anhörung dazu findet nun heute statt.

Herr Mengel:

- es handelt sich um eine grundsätzliche Frage für die Gemeinde, daher sollte eine frühzeitige Bürgerbeteiligung erfolgen
- der GV-Beschluss vom 12.04.2012 sagt eindeutig aus, dass keine weitere Beteiligung der Bürger möglich ist

Herr Müller verweist darauf, dass das gewählte Verfahren im Rahmen von Recht und Gesetz erfolgt.

Herr Mengel verweist nochmals auf den Beschluss vom 12.04.2012, der zur Unterzeichnung berechtigt.

Herr Müller: Ziel der heutigen Anhörung ist es, mögliche Hinweise und Einwände zu sammeln

Frau Narajek: die Beschlüsse vom 12.04.2012 (GV Broderstorf und Steinfeld) erfolgten unter dem Vorbehalt der erforderlichen Anhörung, die Gemeindevertretungen werden über die bis zum 30.06. vorgebrachten Hinweise und Einwände abstimmen, danach erfolgt eine erneute Beschlussfassung

Herr Cimutta:

- Rückschau auf die damaligen Gespräche mit Sanitz zwischen den Gemeindevertretungen, ebenso Verständigung mit den Sanitzer Ortsteilen hinsichtlich deren Erfahrungen
- damalige Einwohnerversammlung in Broderstorf (Amtsgebäude) erfolgte auch ohne vorherigen Beschluss über Vertragsentwurf
- diesmal leider ohne Verhandlung bzw. Beteiligung aller Gemeindevertreter

Herr Lange:

- Verhandlungen erfolgten durch die Bürgermeister nebst Stellvertretern, jetzt die Bürgerbeteiligung, dann abschließende Beratung und Abstimmung in den Vertretungen

Herr Dittrich:

- Warum sind wir hier – bei einem Beitritt ohne Forderungen?

Herr Lange:

- jetzt besteht die Möglichkeit, Hinweise und Einwände zu Protokoll zu geben

Frau Bening:

- Was passiert, wenn die GV Broderstorf den Forderungen nicht zustimmt?

Herr Müller:

- Bei zwei Partnern braucht man zwei gleich lautende Beschlüsse!

Herr Grunow spricht die Verfahrensweise an und weist auf die Ackerflächen in der Gemeinde Steinfeld hin. Bei einem Bodenpreis von 10 EUR/ m² kommt ca. 700.000 EUR Grundvermögen zusammen. Wurde darüber gesprochen?

Frau Narajek:

- zur Verfahrensweise: entweder erfolgt eine Einigung oder nicht. Dies kann in separaten Sitzungen oder einer gemeinsamen Sitzung der beiden Vertretungen erfolgen. Es sollte die praktikabelste Lösung gewählt werden.
- zum Vermögen: im Vertrag ist unter § 7 eine Regelung zu Vermögen und Verbindlichkeiten enthalten

Herr Zentsch:

- im Vertragsentwurf mit Sanitz gab es auch keine diesbezügliche vermögensrechtliche Auseinandersetzung
- grundsätzlich unterscheiden sich der damalige und der heutige Entwurf nicht, jedoch im Bezug auf die Ortsteilvertretung

Herr Eckart:

- Und das Ortsrecht!

Herr Eckart verweist auf das Beispiel des Ortsbeirates Wendessen der Stadt Wolfenbüttel. Die Anregungen des Ortsbeirats werden von der Stadt übernommen.

Herr Cimutta:

- Ähnlich wie in Sanitz!

Herr Eckart:

- bisherige Verfahrensweise nicht gut, erzeugt Misstrauen ggü. Bürgermeister und Amt
- Durchführung eines Bürgerentscheids – wenn dortige Abstimmung positiv, dann Fusion, aber mit Vertragsanpassung

Herr Mengel:

- als Verhandlungsmasse reinbringen: 300 TEUR liquide Mittel, 700 TEUR Grundvermögen
→ damit können auch Forderungen gestellt werden

Herr Zentsch:

- aus unternehmerischer Sicht ist o.g. Aussage nachvollziehbar, hier zählt aber die kommunalpolitische Sicht: die vergrößerte Gemeinde hat dann ein gemeinsames Vermögen

Herr Noak:

- Broderstorf übernimmt Vermögen und Schulden

Herr Lange:

- verweist darauf, dass Broderstorf etwa die 3fache Fläche von Steinfeld hat
- im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens wurden durch Millionenförderung Strukturen geschaffen, dies aber auch unter finanzieller Beteiligung der Einwohner = Solidarprinzip

Herr Müller unterbricht die Anhörung für Zeit von 20:24 bis 20:30 Uhr.

Frau Dittrich verweist auf den Beschluss vom 12.04. und hinterfragt das weitere Prozedere. Entscheiden Bürgermeister und Stellvertreter über die eingehenden Hinweise?

Frau Narajek:

- Entscheidung obliegt der Gemeindevertretung

Frau Dittrich:

- Warum wurde 2008 ein anderes Vorgehen gewählt?

Herr Müller:

- 2008 existierte kein Grundsatzbeschluss, 2011 wurde entsprechend der KV M-V ein solcher Beschluss gefasst
- es wurde ein anderer Weg als damals gewählt, dieser ist jedoch ebenfalls legitim
- der damalige Weg hat auch nicht zu einem Ergebnis geführt

Eine Bürgerin hinterfragt, ob auch ohne den öffentlichen Druck eine Anhörung stattgefunden hätte?

Herr Müller:

- die Einladung des Bürgermeisters erfolgte entsprechend der gesetzlichen Vorgaben

Frau Narajek verweist auf einen Erlass des Innenministeriums M-V, nach welchem bei einer Anhörung ein Vertragsentwurf als Diskussionsgrundlage vorliegen soll

Frau Dittrich:

- Wieso extra Beschluss?

Frau Narajek:

- Damit erkennbar wird, dass der Entwurf von der Gemeindevertretung getragen wird.

Herr Cimutta:

- damals gab es den Versuch eines Bürgerentscheides (initiiert durch den Steinfelder Kreis)
- er wurde jedoch aus formellen Gründen nicht durchgeführt
- anders als Herr Müller es darstellt, haben die damaligen Verhandlungen doch zu einem Ergebnis geführt, welches aber aus formellen Gründen nicht umgesetzt wurde

Herr Kentzler:

- Warum ist ein Schilderwechsel (Ortstafeln) gewollt? Wer bezahlt das? Möchte nicht jedes Mal Broderstorf auf dem Ortseingangsschild lesen, wenn er nach Hause kommt!

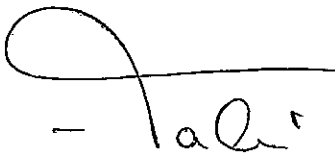
Herr Zentsch:

- Entsprechende Ausgaben werden über den allgemeinen Haushalt finanziert

Herr Lange:

- ist über die vorherige Aussage bezüglich Broderstorf empört und wird in der nächsten GV-Sitzung am 29.05. über den heutigen Abend berichten

Herr Müller beendet um 20:45 Uhr die Anhörung und verabschiedet die Anwesenden mit dem Hinweis auf die Frist zum 30.06. zur Einreichung von Hinweisen und Einwänden zum Vertragsentwurf.



Fahning
(Protokollant)